

## Sowjets bauen Ulbricht-Linie ab

Teilung der Machtpositionen begünstigt Gegner des SED-Sekretärs

Seit Stalins Tod herrscht im gesamten Sowjetbereich das Prinzip der kollektiven Verantwortlichkeit. In ihrer deutschen Besatzungszone ließen die Sowjets allerdings bisher eine Ausnahme zu: Die absolute Vormachtstellung Ulbrichts im sowjetzonalen Staats- und Partei-Apparat. Sie gingen dabei wohl von der Annahme aus, die „starke Hand“ des SED-Sekretärs allein garantiere den Bestand des in Mitteldeutschland aufgebauten Regimes. Jetzt aber bestimmen neue Leute die Moskauer Deutschland-Politik. Ihnen wurde nach kurzer Amtszeit klar: Die starre Ulbricht-Linie behindert die seit Stalin weniger gewordene Sowjetpolitik nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Jede jetzt erkennbare Veränderung im sowjetzonalen Staatsapparat steht unter diesem Aspekt.

Als dieser Tage SED-Innenminister Willi Stoph sein Amt an den bisherigen „Volkspolizei“-Chef Karl Maron abtreten mußte, begnügte man sich mit der Feststellung, daß Stoph nun wahrscheinlich der neue sowjetzonale „Verteidigungsminister“ würde. Was aber war wirklich geschehen?

### Kampf um die Macht

Ulbricht hat seit 1945 einen zähen und erfolgreichen Kampf um die Macht geführt. Er hat seine Feinde niedergebost, und seine Freunde mit unwahrscheinlichen Karrieren belohnt. Sein Reservoir war der vor 1933 bestehende Kommunistische Jugendverband (KJV). Aus ihm zog er die ihm später blindlings ergebenden Funktionäre wie Honecker und Stoph. Was Wunder, daß diese Kaderpolitik in der FDJ ihre Fortsetzung fand? Seit 1949 umgab sich Ulbricht mit einem Stab von mehr als 80 jugendlichen FDJ-Funktionären, die binnen zwei und drei Jahren bis in Staatssekretärs-Stellungen aufrückten. Mit den von ihm protegierten Jungkommunisten wollte Ulbricht die „Alte Garde“ sprengen, die in dem SED-Generalsekretär nur einen mäßig intelligenten Emporkömmling sah.

Die Kenntnis dieser Zusammenhänge ist wesentlich für die

Beurteilung aller gegenwärtigen Ereignisse. Vor vier Wochen, unmittelbar im Anschluß an das Erfurter FDJ-Parlament, trat der FDJ-Vorsitzende Erich Honecker zurück. Noch 48 Stunden vorher hätte man im FDJ-Zentralrat über die Andeutung einer solchen Möglichkeit gelacht. Die lakonische Erklärung der Partei lautete: Honecker wird eine Funktion im neuen Verteidigungsministerium übernehmen! Sein Nachfolger, der bisher nie hervorgetretene Karl Namokl, arbeitete als ehemaliger SMA-Schüler zwei Jahre für eine mecklenburgische Dienststelle des MWD.

### Warum Stoph ging

Der jetzt zurückgetretene Innenminister Stoph verschwand unter gleichen Umständen. 1951 zum Leiter des „Büros für Wirtschaftsfragen“ ernannt, half er Ulbricht alle Funktionäre auszuboosten, die gegen die überstürzte „Schaffung der Grundlagen des Sozialismus“ opponierten. Als Ulbricht diesen Kardinalfehler, der u. a. zum Juni-Aufstand führte, auf die Gruppe Zaisser-Herrnstadt abzuwälzen begann, bekam Stoph seine zweite Rolle zugeteilt: Als Innenminister war er verantwortlich für die Liquidation aller gegen die Ulbricht-

sche Politik aufbegehrenden Funktionäre im Staatsapparat. Von Oktober 1953 bis April 1954 wurden rund 850 zum Teil leitende Staatsfunktionäre auf die Straße gesetzt.

Aber nicht alle, die Ulbricht liquidieren ließ, verschwanden in der Vergessenheit: Sein größter Widersacher, Franz Dahlem, der auf Ulbrichts Veranlassung aus dem ZK verstoßene Leiter der „Westkommission“, ist heute einer der einflußreichsten Berater der Sowjetischen Oberkommission. Zaisser besuchte eine sowjetische Kriegsschule, auf der einst der Osterliner Polizeichef Markgraf sein Examen machte, ehe ihn die Sowjets — Ulbricht zum Trotz — nach Deutschland zurückschickten. Und — welche Ironie — ausgerechnet Markgraf, dessen „strenge Bestrafung“ Ulbricht einstmals forderte, erhielt zur gleichen Zeit, da Stoph zurücktreten mußte, einen hohen sowjetzonalen Orden!

### Blickrichtung Bonn

So hat sich das Blatt gewendet: Ulbrichts Gegner, die er längst vernichtet glaubte, schlagen hart zurück. Der neue Innenminister, Karl Maron, ein alter Moskau-Schüler, läßt den SED-Chef kaum in seine Karten gucken. Seine erste Handlung wird vielleicht die Entfernung mancher Ulbricht-Günstlinge sein.

Nicht, daß die neue Garnitur besser wäre als die alte. Aber ihre politischen Vertreter, wie Dahlem, besitzen einen Sinn für Realitäten, der Ulbricht fremd geblieben ist. Und das ist für die Sowjets wichtig, die ein Gespräch mit Bonn gegenwärtig für notwendiger als eine Konferenz mit Pankow halten.

## Vom Planen zum Gestalten

WG. Die beiden nächsten Wochen, nach deren Ablauf die Genfer Konferenz der vier Regierungschefs beginnt, werden von einer rastlosen diplomatischen Tätigkeit erfüllt sein. Die beteiligten Staatsmänner und ihre Berater rüsten sich für die Aufgabe, die ihnen Genf als die vielleicht wichtigste Nachkriegskonferenz stellt. Die Atmosphäre, in der das große diplomatische Unternehmen stattfindet, scheint gut zu sein. Selbst der amerikanische Präsident Eisenhower, der bisher mehr zur Zurückhaltung neigte, zeigte sich von ihr beeindruckt. Moskau hat in der Tat einiges getan, um diese Atmosphäre zu haben.

### Auflockerung der Doktrinen

Das Werk aber bleibt schwer, und der Erfolg wird nicht leicht zu erringen sein. Wir wollen zufrieden sein, wenn es auf der Genfer Konferenz gelingt, in die Mauer der östlichen und der westlichen Doktrinen eine Bresche zu schlagen, durch die dann in weiteren Konferenzen der Weg zu einer verständigen Friedensregelung gebahnt werden kann. Doktrinäre Positionen, an denen „unter allen Umständen“ festgehalten werden muß, sind ein Feind jeder lebendigen Politik.

Die Genfer Konferenz bedeutet, daß die Zeit des „Plänemachens“ vorbei ist und die größere Aufgabe des Gestaltens beginnt. Das Planen ist verhältnismäßig leicht, denn das Papier ist willig, und die Gedanken sind billig. Dutzende solcher Pläne liegen vor, und der Raum reicht nicht aus, sie alle darzustellen. Sie kreisen in dem entscheidenden Punkt meist um die Frage, welchen Status ein gleichberechtigtes, wiederbewaffnetes, freies und gesichertes Deutschland im Rahmen einer ost-westlichen Verständigung erhalten soll. Diese Frage kann wahrscheinlich nur durch ein Kompromiß beantwortet werden, in dem die Hauptfaktoren der Lösung — nämlich der atlantische Block, der Ostblock, die Wiedervereinigung

Deutschlands in Freiheit und das Sicherheitsbedürfnis aller — eine wohl ausgewogene Ordnung und Zuordnung erhalten haben.

Hier wird sich also echte staatsmännische Kunst erproben und bewähren müssen, die eine Kunst des Planens und des Gestaltens ist. Was dabei Deutschland betrifft, so müssen die Mächte bedenken, daß seine Einheit, seine Freiheit und seine Sicherheit mit jeder verständigen Lösung gewährleistet sein müssen. Ferner müssen sie wissen, daß die Bundesrepublik jedem europäischen System, in dem die beiden Teile Deutschlands vertreten sein sollen, aus wirklich zwingenden Gründen ihre Mitwirkung versagen muß. Ein solches System der „Koexistenz auf unserem Rücken“ und auf Kosten unserer Einheit kann und wird mit deutscher Beteiligung nicht zustande kommen. Ohne die deutsche Mitwirkung aber würde es seinen Sinn verlieren. Ein mit seinem Schicksal unzufriedenes, ein mit der Unruhe zu seiner Wiedervereinigung stets erfülltes Deutschland würde dann außerhalb stehen.

Gerade weil fertige Lösungen aus der Genfer Konferenz wahrscheinlich nicht hervorgehen werden, ist es vielleicht nützlich, daß die Reise des Bundeskanzlers nach Moskau erst danach stattfinden wird.

### Nüchtern bleiben!

Nur sollten wir uns hüten, die mit dem deutschen Besuch in Moskau und der Viererkonferenz in Genf vielleicht verbundenen Möglichkeiten nach den teilweise sehr gefühlvollen Berichten zu bewerten, die jetzt über die ersten deutschen Moskau-Reisen zu lesen sind. Wir haben diese Warnung schon aus einem früheren Anlaß ausgesprochen. In einigen dieser Berichte wird das Menschliche der persönlichen Begegnungen fast wie eine ungeahnte Überraschung verzeichnet. Das Menschliche, das Gastliche, das Freundliche ist dem russischen „Mann von der Straße“ so gut eigen wie sonst in der Welt — trotz allem gerade gegenüber dem Deutschen, der in dem geschichtlichen Bewußtsein des Russen bei allem angeborenen Mißtrauen keineswegs eine einfach feindliche Erscheinung ist. Wir haben das sogar mit-

ten in den furchtbaren Tagen der Eroberung Berlins erfahren und waren damals manchem russischen Soldaten dankbar — für die Scham, die er vor dem Treiben anderer empfand und für den Schutz, den er gegen sie gewährte.

Man sollte aber nicht ohne weiteres von den guten Erfahrungen im Verkehr von Mensch zu Mensch auf gute Möglichkeiten einer Verständigung von Macht zu Macht schließen. Auf dieser Ebene herrschen andere Gesetze. Wenn jemand in dieser Beziehung die kritische Distanz verliert, dann verliert er noch einiges mehr und erklärt: „Die Russen haben bisher noch jeden Vertrag gehalten, den sie unterzeichnet haben.“ Das könnte man dieser Tage jedenfalls von Hans Zehrer hören, dem Chefredakteur der „Welt“, als er — soeben aus Moskau zurückgekehrt — vom SFB interviewt wurde.

Hier wurde anscheinend von den freundlichen Eindrücken der menschlichen Begegnungen in der Sowjetunion die Erinnerung an eine ganze Reihe historischer Ereignisse ausgelöscht, die das Mißtrauen der Welt gegen die sowjetische Politik aufgebracht haben. Wir erinnern Zehrer an die sowjetischen „Beistandspakte“ mit den baltischen Staaten aus dem Herbst 1939, in denen Moskau die Souveränität und territoriale Unantastbarkeit dieser kleinen Länder feierlich anerkannte, um sie nur wenige Monate später völlig auszulöschen. Wir erinnern an die Nachkriegsverträge über die osteuropäischen Staaten und schließlich auch an das Potsdamer Abkommen. Wer diese Verträge und die aus ihnen entstandene Wirklichkeit vergleicht, der wird sehen, daß Stalin neben Hitler der größte Vertragsbrecher der modernen Geschichte gewesen ist. Das ist immerhin eine Erfahrung, die wir nicht übersehen dürfen. Sie rät zur Vorsicht schon bei der Formulierung der Verträge und zur Wachsamkeit bei ihrer Durchführung, auch wenn man erwarten darf, daß die sowjetische Politik heute „vertragsfester“ und der Zwang zur Vertragstreue angesichts der verheerenden Folgen eines neuen Krieges sehr viel größer geworden ist.

## Bonn antwortet Moskau

### Bereit zur Prüfung diplomatischer Beziehungen

Bonn (Eigenbericht). Die Bundesregierung hat sich in einer Antwortnote an die Sowjetunion mit dem sowjetischen Vorschlag einverstanden erklärt, „die Frage der Herstellung diplomatischer, kommerzieller und kultureller Beziehungen zwischen beiden Ländern zu erörtern und die damit verbundenen Fragen zu prüfen“.

Die Note, die von einem Beamten der deutschen Botschaft in Paris der Sowjetbotschaft in der französischen Hauptstadt übergeben wurde, geht nicht auf die sowjetische Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau ein. Ein Regierungssprecher erklärte dazu, diese Tat-

sache bedeute keineswegs, daß die Einladung nicht angenommen werde.

Nach Ansicht diplomatischer Kreise will die Bundesregierung folgende Fragen erörtern und präzisieren wissen: 1. das Problem der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten in der Sowjetunion, 2. das Verhältnis zur Pankower Regierung, 3. staatsrechtliche Probleme, wie die Frage des in den sowjetischen Staatsbereich einbezogenen Teil Ostpreußens und 4. die Form einer Verbesserung des Handelsaustausches zwischen beiden Ländern sowie der Kulturaustausch.

## Täglich 1000 Freiwillige

### Das Ringen um Wehrgesetze hält an — Neues Treffen Adenauer - Ollenhauer

Bonn (Eigenbericht/AP/DPA). Während sich die gesetzgebenden Organe in Bonn intensiv mit den Wehrgesetzen befassen, gehen täglich beim Bundesverteidigungsministerium rund 1000 Freiwilligenmeldungen für die künftige deutsche Wehrmacht ein. Die Zahl der Bewerbungen betrug bis zum 1. Juli 143 000. Zu diesen Meldungen für den Dienst in der Truppe kommen noch 101 000 Bewerber für Verwaltungslaufbahnen hinzu.

Die Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition in der Wehrfrage werden von politischen Kreisen nach wie vor sehr negativ beurteilt. Man rechnet damit, daß Adenauer noch vor den Parlamentsferien mit Ollenhauer zusammentrifft.

Einen Vorstoß in gleicher Richtung unternahm der FDP-Vorsitzende Dr. Dehler in einem Schreiben an den Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, in dem er Besprechungen der Koalition mit der Opposition wegen der Grundgesetz-Änderung anregte, die vor allem von SPD und FDP gefordert werden.

Diese Änderungen betreffen insbesondere den Oberbefehl der Wehrmacht und das Notstandsrecht. CDU-Kreise vertraten bisher den Standpunkt, daß solche Grundgesetz-Änderungen nicht erforderlich seien. Hinter den Kulissen wird bereits erkennbar, daß sich ein hartnäckiges Ringen abspielt, da die Regierungsparteien

das Freiwilligengesetz auf jeden Fall Mitte Juli im Bundesrat verabschieden wollen.

Die SPD ließ bereits durchblicken, daß ihre Vertreter an den Ausschußberatungen zu diesem Gesetz wegen anderweitiger Verpflichtungen in der nächsten Woche kaum teilnehmen könnten. Parlamentarische Kreise halten es für möglich, daß die SPD mit der Begründung, das Freiwilligengesetz werde innerhalb weniger Tage „durchgepeitscht“, den Ausschußberatungen gänzlich fernbleiben wird.

Bundeskanzler Adenauer bat die Fraktionsvorsitzenden, ihm ihre Ferienadressen bekanntzugeben, weil wegen der internationalen Lage möglicherweise Besprechungen mit ihnen notwendig werden könnten. Auch dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer wurde die Bitte des Bundeskanzlers übermittelt. Adenauer wird voraussichtlich am 15. Juli seinen Urlaub in Mürren (Schweiz) antreten.

## Wichtige Vorfragen

DT. Zwischen Deutschland und der Sowjetunion ist der Kriegszustand zwar formell durch die Deklaration des Obersten Sowjets beseitigt, aber er ist noch nicht durch eine neue Friedensregelung ersetzt worden. Die deutschen Grenzen in Ost und West sind außerdem durch Annexion oder faktische Eingriffe verändert worden, die bisher keine völkerrechtliche Geltung erlangt haben. Die Entscheidung über diese Frage ist dem Friedensvertrag vorbehalten. Es ist also ganz natürlich, daß sich die Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau in Vorbesprechungen gegen eine Auslegung dieses Aktes sichern muß, die für die deutschen Interessen unannehmbar sein würde.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bedeutet nämlich die völkerrechtliche Anerkennung des Partners, in die an sich auch sein territorialer Bestand eingeschlossen ist. Das könnte also z. B. bedeuten, daß die Bundesregierung die Annexion ostpreußischer Gebiete durch die Sowjetunion anerkennen würde. Bereits aus einem formalen Grunde ist das unmöglich, weil diese Frage nur Gegenstand der Friedensverhandlungen mit allen vier Mächten sein kann. Der Bundesrepublik kann auch nicht die Anerkennung des kommunistischen Staates von Pankow zugemutet werden, die wiederum — von anderen Unmöglichkeiten abgesehen — als Anerkennung der von ihm vertragswidrig verbürgten Oder-Neiße-Linie ausgelegt werden könnte.

Es ist also sicher richtig, wenn die Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Moskau in Vorbesprechungen diese rechtlichen Vorbehalte zu klären sucht. Das ist angesichts des Fehlens einer Friedensregelung eine völkerrechtlich notwendige und einwandfreie Haltung, für die sogar die Sowjets Verständnis haben werden. Sie sollte am allerwenigsten in Deutschland kritisiert werden.

## „Wir gehen gerne nach Genf“

### Chruschtschow nimmt zur Viermächte-Konferenz Stellung

Moskau (AP/DPA). Zum ersten Male seit über 20 Jahren nahmen dieser Tage die Spitzen der sowjetischen Regierung an einem Empfang der amerikanischen Botschaft anlässlich des Unabhängigkeitstages teil. Unter Führung von Ministerpräsident Bulganin erschienen verbindlich lächelnd Parteisekretär Chruschtschow, Marschall Schukow, Malenkow, Mikojan und fast die gesamte Sowjetprominenz. Chruschtschow benutzte die Gelegenheit, um vor den dort versammelten westlichen Diplomaten und Journalisten eine längere Rede zu halten.

Er sagte, die Sowjetunion gehe nicht mit „gebrochenen Beinen“ nach Genf, sondern aufrecht wie ein Soldat, um dort als Gleicher unter Gleichen zu verhandeln. Wenn ehrlich und aufrichtig gesprochen werde, dann werde auch etwas dabei herauskommen. „Ich sage dies, weil noch Zeit zum Nachdenken ist.“

Chruschtschow erklärte weiter, wenn die vier Mächte nur nach Genf gingen, um dort für sich ein Geschäft machen zu wollen, dann könnten sie auch gleich zu Hause bleiben. Und mit erhobenem Zeigefinger fügte er hinzu: „Wir gehen gerne nach Genf, aber wenn Ihr nicht bereit seid, ernsthaft zu verhandeln, dann können wir auch weiter warten und uns zurückhalten.“

Chruschtschow beklagte sich, daß der Westen den sowjetischen Vorschlägen so wenig Aufmerksamkeit schenke und lieber die Zukunft aus dem Kaffeesatz lesen wolle.

Auf die deutsche Frage ging Chruschtschow in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter Joxe ein. „Ich glaube“, so sagte Chruschtschow, „Frank-

reich benötigt die Entspannung dringender als wir. Ich möchte Sie nicht beleidigen, aber ich glaube, wir sind stärker als Sie. Deutschland bedroht uns weniger als Sie.“

DT. Chruschtschows Äußerungen lassen erkennen, daß die Sowjetunion zumindest an einem günstigen Konferenzbeginn interessiert ist. Es sollte eine Einigkeit aller Sowjetgrößen dokumentiert werden, die Eisenhower vor einigen Tagen in Frage gestellt hatte. Die Sowjets wollen als die ehrlich-friedvollen, aber starken Gesprächspartner erscheinen. Der joviale Ton Chruschtschows sollte mit seiner persönlichen Färbung überzeugend und ein-

## Segni nimmt Auftrag an

Rom (AP/DPA). Der italienische Staatspräsident hat den christlich-demokratischen Politiker Segni endgültig mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragt. Segni hat den Auftrag mit dem üblichen Vorbehalt angenommen.

Er will versuchen, ein neues Kabinett der vier Mittel-Parteien zustande zu bringen. Segni hat bereits die grundsätzliche Bereitschaft der Christlichen Demokraten, der Republikaner, der Sozialdemokraten und der Liberalen, doch haben die Liberalen einige Vorbehalte hinsichtlich einer Teilnahme an dem neuen Kabinett gemacht.

dringlich wirken. Man wird während der Konferenz nun um so aufmerksamer darauf achten, welchen Tonfall die Sowjets nun dort anschlagen werden. Bemerkungen wie diese, daß Frankreich durch Deutschland stärker bedroht sei, weil es schwächer ist als die Sowjetunion, sind allerdings nicht dazu angetan, eine von Propagandaabsichten freie realistische Konferenzbasis zu stabilisieren.

## Perón hebt Ausweisung auf

Buenos Aires (AP/KNA). Der Weihbischof von Buenos Aires, Tato, und sein Stellvertreter, Nova, die am 15. Juni aus Argentinien ausgewiesen worden waren, haben von den argentinischen Behörden die Erlaubnis zur Rückkehr erhalten. Zum erstmalig nach dem Aufstand

in Argentinien sind am Wochenende Mitglieder des Kabinetts Perón wieder mit Vertretern der katholischen Kirche zusammengekommen. Außenminister Remorino, der als gemäßigt gilt, empfing den Apostolischen Nuntius in Buenos Aires, Monsignore Zanin. Er hatte ferner eine Unterredung mit zwei Prälaten.

Katholische Kreise in der argentinischen Hauptstadt erklärten, eine Normalisierung der Verhältnisse in Argentinien könne durch bloße Versicherungen einer angeblichen Loyalität des Staates gegenüber der Kirche nicht erreicht werden. Die argentinischen Katholiken forderten die Wiederherstellung der Glaubensfreiheit und aller staatsbürgerlichen Rechte und Freiheiten wie z. B. Versammlungs- und Pressefreiheit sowie die Genehmigung der Gründung einer christlich-demokratischen Partei. Dazu sei vor allem der Widerruf des perönistischen Ehescheidungsgesetzes von größter Bedeutung.

## „Wir warnen vor der Legion!“

### Besuch bei den geflohenen Fremdenlegionären in Ismailia

Kairo (Eigenbericht). Die in der vorigen Woche bei Ismailia von Bord eines Truppentransporters geflüchteten Fremdenlegionäre — ihre Zahl hat sich auf 70 erhöht — befinden sich im Ausländergefängnis in Ismailia. Dieses Gefängnis stand jahrelang leer, ist seit Monaten infolge der zunehmenden Flucht von Fremdenlegionären aber ständig überfüllt. Seit Februar haben insgesamt 180 Legionäre in Ägypten die Freiheit gesucht. Unter den zuletzt Geflüchteten befinden sich, wie bereits gemeldet, 49 Deutsche.

Die Behandlung der ehemaligen Legionäre ist, wie ich mich am Sonnabend bei einem Besuch in Ismailia überzeugen konnte, in jeder Weise korrekt. Übereinstimmend berichteten sie, daß sie vor ihrem Eintritt in die Legion keine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen in dieser Truppe hatten. Erst in Siddi-bel-Abbès und in Indochina seien ihnen die Augen aufgegangen. Eindringlich sagte einer der deutschen Sprecher: „Wir warnen jeden Deutschen vor der Legion!“ Die Legionäre werden in Kürze in ihre Heimatländer gebracht werden.

# So kamen die „Amis“ nach Westberlin

## Vor zehn Jahren lösten die Westalliierten die Rote Armee ab

„Aus den Ruinen drang der Geruch der Schlachtfelder. Über 200 000 Männer, Frauen und Kinder waren unter diesen Ruinen durch unsere Bombenangriffe begraben worden. Als wir ankamen, wurde in einer Straße ein totes Pferd von hungrigen Frauen weggeschleppt. Hohläugige Kinder, die nicht etwa bettelten, sahen uns ruhig an. Verschüchterte, armselig gekleidete, viele Male vergewaltigte Frauen räumten die Trümmer beiseite, indem sie jeweils einen Ziegelstein weiterreichten. Erbarmungswürdig wandelnde Skelette, Überbleibsel der deutschen Wehrmacht, schleppten in einer russischen Gefangeneneinheit humpelnd Eisenbahnschienen fort.“

### Zu weite Kragen

Bald sollte ich erfahren, daß 42 000 Fälle von fortgeschrittener Tuberkulose in den Straßen umherliefen, weil es an Betten in den Krankenhäusern fehlte, und daß die zu weiten Kragen keine Modesache, sondern eine Folge der abgemagerten Hälse waren, denn jeder Berliner hatte durchschnittlich 30 Pfund Untergewicht. Von dem im Juli 1945 in den Krankenhäusern Geborenen starben mehr als 92 Prozent binnen zehn Tagen. Die Ruhr grassierte. Alte und Junge starben, und die meisten Angehörigen der mittleren Altersklassen waren bereits tot. Angesichts dieser fürchterlichen Tatsachen mußte man sich von Mitgefühl leiten lassen — für Haß war kein Raum.“

So beschreibt General Fränk L. Howley, der erste amerikanische Kommandant, seinen Einzug in die Hauptstadt Deutschlands. Auf der Konferenz von Jalta waren von den „Großen Drei“ die Grenzen der Besatzungszonen und auch der Sektoren Berlins festgelegt worden.

Mit fieberhafter Ungeduld wartete die Berliner Bevölkerung der späteren Westsektoren auf den endlichen Ein-

marsch der Amerikaner, Engländer und Franzosen.

### Einmarsch wird durchgesetzt

Am 29. Juni kam es in Karlshorst zu einer Fühlungnahme der alliierten Befehlshaber, bei der endlich der Einmarsch der Amerikaner und Engländer durchgesetzt wurde. Diesmal trafen sich bei Schukow der Oberst Howley, begleitet von Botschafter Murphy und dem amerikanischen Truppenkommandeur in Berlin, Generalmajor Parks. Für die Briten kam als Kommandant Generalleutnant Weeks in Begleitung von Sir William Strang. Jede Armee sollte 25 000 Mann nach Berlin legen. Noch am selben Tage setzten die Amerikaner aus Frankfurt eine Lastkraftwagenkolonne mit 500 Offizieren und Soldaten nach Berlin in Marsch. Kaum hatten sie sich auf den Weg gemacht, wurden sie an der Elbebrücke bei Dessau, der Demarkationslinie zwischen den amerikanischen und russischen Truppen, von sowjetischen Vorposten angehalten und aufgefordert, ihre Zahl auf 37 Offiziere und 175 Mann zu beschränken. Es war einer der ersten, frühzeitigen Fälle sowjetischer Willkürmaßnahmen. Nach einer stürmischen Auseinandersetzung mit den sowjetischen Offizieren war der temperamentvolle Oberst Howley gezwungen, seine Marschtruppe auf die von den Sowjets genehmigte Zahl zu reduzieren. Den Rest mußte er über die Elbe zurückschicken. Erst dann war der Weg nach Berlin frei.

### US-Flagge wurde gehißt

Als die amerikanische Autokolonne gegen Abend in Babelsberg einfuhr, wurde sie gezwungen, die Nacht wenige hundert Meter von der Stadtgrenze Berlins zu verbringen. Am nächsten Morgen erst, dem 1. Juli, konnte sie den Weg nach Wannsee fortsetzen und als erste Unterkunft ein Zeltlager im Grunewald aufschlagen.

In der Nacht vom 3. zum 4. Juli rollten die ersten größeren amerikanischen Verbände

ein. Die Sherman-Panzer der Division „Hell on Wheels“ wurden beinahe von der Berliner Bevölkerung gestreichelt.

Drei Tage dauerte es, bis die Amerikaner durchsetzen konnten, daß die sowjetischen Kommandanten und die GPU aus den westlichen Sektoren verschwanden. Am 4. Juli wies Generalmajor Parks den Obersten Howley an, den amerikanischen Sektor auch gegen Widerstand der Sowjets zu übernehmen. „Lassen Sie sich nicht in zu viele Scherereien verwickeln.“ Am nächsten Morgen brachte Howley den Kommandanten seiner Verwaltungsbezirke in die beschlagnahmten Arbeitsräume. Die amerikanische Flagge wurde gehißt. Die Bezirksbürgermeister erhielten Anweisungen, nur noch Anordnungen des amerikanischen Kommandanten entgegenzunehmen. Als die Sowjets sich am 7. Juli aus ihren Betten erhoben, waren vollendete Tatsachen geschaffen worden. Ihre Proteste lehnte Howley ab.

### Vom Alpdruck befreit

Auch bei den Amerikanern und Engländern taten die Truppenkommandeure durchaus nicht immer, was der Kommandant, Oberst Howley, wollte. Es war Besatzung und noch längst kein Friede. Die Westberliner fühlten sich trotz allem wie von einem Alpdruck befreit.

### Forderungen zur Sozialreform

Bethel (epd). Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen hat erneut die „völlig unzulängliche Berücksichtigung der Familienlasten bei Bemessung der Steuern, insbesondere bei den kleinen und mittleren Einkünften“, kritisiert.

Bei einer Sitzung in Königswinter stellte sie sich hinter die Forderungen der Denkschrift „Neuordnung der sozialen Leistungen“ und befürwortete die Anregung, in die kommende Sozialreform einen gesonderten Mütterartikel aufzunehmen.

## Ost-Lufthansa mit lahmen Flügeln

### Polnische „LOT“ will keine Konkurrenz-Unternehmen dulden

Mit einem in Ostberlin unterzeichneten „Luftverkehrsabkommen“ zwischen Polen und der Sowjetzone hat die erst kürzlich an die Öffentlichkeit getretene Ost-Lufthansa die ihr gerade übergebenen Vollmachten praktisch wieder abgetreten. Das Mißtrauen polnischer Behörden und Konkurrenz-Rücksichten der polnischen Luftfahrtgesellschaft „LOT“ haben die ersten SED-Hoffnungen auf eine „souveräne“ Zivilluftfahrt zerschlagen.

Das neue Abkommen sieht vor, daß Polen auch nach der Inbetriebnahme sowjetzonaler Verkehrsflugzeuge den Hauptteil des mitteldeutschen Luftverkehrs bewältigen wird.

Gleichzeitig wird sich die „LOT“ finanziell an dem Ausbau des sowjetzonalen Luftverkehrsnetzes beteiligen und auf dessen Gestaltung maßgeblichen Einfluß nehmen.

#### Sicherheitsbestimmungen

Für das Anfliegen polnischer Plätze gelten drakonische Sicherheitsbestimmungen. Unter Berufung auf Zwischenfälle im

Eisenbahn-Transitverkehr nach Brest-Litowsk müssen sich Passagiere und Besatzungen sowjetzonaler Verkehrsmaschinen Kontrollmaßnahmen unterwerfen, die in ihrer Art einmalig sind. Dagegen haben beispielsweise die in Berlin-Schönefeld amtierenden Flugbeamten kein Recht, polnische Maschinen zu kontrollieren:

#### Ausdehnung nach Westen?

Unter diesen Umständen ist der Aufbau der neuen sowjetzonalen Lufthansa nicht nur aus technischen Gründen ins Stocken geraten. Verkehrsexperten sind der Meinung, daß man

sich bei solcher Sachlage eigene Verkehrsmaschinen sparen kann. Zumal die künftigen Passagiere dieser Flugzeuge doch nur aus Partei-Instrukteuren und Staats-Funktionären bestehen würden. Einzig die Aussicht, einen sowjetzonalen Luftverkehr später aus rein propagandistischen Gründen nach dem Westen auszudehnen, läßt die Planer hoffen. Wobei man schon heute Angst vor der Alternative hat, daß man dann die Deutsche Lufthansa der Bundesrepublik auch Ostberlin und Leipzig anfliegen lassen muß.

### Polnische Unsicherheit

Berlin (AP). Polnische Blätter führen Beschwerde darüber, daß die landwirtschaftliche Produktion in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie zurückginge und daß viele polnische Bauern dafür als Grund anführen, sie fürchteten die Rückkehr der Deutschen.

Nach dem Bromberger Blatt „Gazeta Pomorska“ erklärte einer der Bauern: „Wozu sollen wir uns anstrengen, wenn wir sowieso bald von hier weggehen müssen?“ Die Zeitung fügte hinzu, daß einige der Bauern bereits die Absicht geäußert hätten, bald in ihre alte Heimat zurückzukehren.

## „Prawda“ — Presse der Sowjetunion

### Das größte Zeitungskollektiv der Welt

Wer die oft zitierte „Prawda“, die offizielle sowjetische Parteizeitung, oder die „Iswestija“, das Moskauer Regierungsorgan, zur Hand nimmt, ist jedesmal erneut über das einmalig spartanische Äußere dieser weltbekanntesten Blätter erstaunt. Bilder sind in beiden Zeitungen ausgesprochene Seltenheiten, und Anzeigen werden mit Ausnahme einer täglichen Zehnzentimeter-Spalte auf der letzten Seite mit dem Moskauer Theaterprogramm überhaupt nicht veröffentlicht.

Trotz dieses eintönigen Charakters aber und obgleich beide Blätter nur in besonderen Fällen mit mehr als vier Seiten Umfang erscheinen, verfügen sie über Mitarbeiterstäbe, die in der Welt ihresgleichen suchen. 300 ständig schreibende Journalisten sitzen allein in der Moskauer „Prawda“-Redaktion, eine Flut von Berichten geht jeden Tag von den rund 1600 sogenannten Arbeiter- und Bauern-„Korrespondenten“ ein, und beide Zeitungen besitzen eigene Büros in nahezu allen Hauptstädten des Auslandes.

Chefredakteur der „Prawda“ ist der 49jährige Dimitrij Sche-

pilow, ein „kommender Mann“, der kürzlich auch mit Chruschtschow und Bulganin in Belgrad weilte. Der jeweilige Inhalt der beiden amtlichen Organe wird, von einem „Redaktionsrat“ bestimmt, der sich aus den führenden Köpfen dieser Zeitungen zusammensetzt. Bei der „Prawda“ gehören ihm außer Schemilow 15 Personen an, die laufend die Arbeitspläne sämtlicher beschäftigter Journalisten, die diese an jedem Monatsersten vorzulegen haben, genau durchgehen. Der Redaktionsrat billigt oder lehnt vorgeschlagene Reportagen und Artikel ab und nimmt bei Projekten, die umstrittene Themen behandeln, mit dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Fühlung. Aber diese Kontrolle geht noch weiter: Seite an Seite mit dem eigentlichen Redaktionspersonal arbeiten nämlich noch 350 „Instruktoren“, die peinlich genau die Korrekturen der in Druck gegebenen Manuskripte prüfen und über alle Abweichungen von den gegebenen Richtlinien ebenso lückenlos berichten.

Die Gehälter der russischen Journalisten sind nicht nur bei

der „Prawda“ und „Iswestija“, sondern bei sämtlichen Zeitungen sehr hoch. So wird ein Feuilletonredakteur der „Prawda“ mit 2000 Rubeln monatlich (etwa 2000 DM) bezahlt.

„Tempo“ ist bei beiden Moskauer Zeitungen ein völlig unbekannter Begriff, da die Autoren von nicht aktuellen Artikeln stets volle zwei Wochen zum Abfassen ihrer Manuskripte eingeräumt bekommen. Die auf der ersten Seite prangenden Leitartikel werden gewöhnlich von Mitgliedern des Zentralkomitees geschrieben und sind häufig in beiden Blättern die gleichen. Im Grunde genommen weichen „Prawda“ und „Iswestija“ lediglich durch ihre kulturpolitischen Aufsätze in einigen wenigen Punkten voneinander ab.

## Furcht vor freien Wahlen

DT. Molotow hat in San Franzisko den sowjetischen Standpunkt in der Frage der deutschen Wiedervereinigung folgendermaßen erläutert: Die Sowjetunion fordere natürlich nicht, so sagte er, daß sich das „zur Zeit“ in der Sowjetzone bestehende Regime auf das vereinigte Deutschland erstrecken soll; umgekehrt soll sich selbstverständlich auch das westdeutsche Regime nicht auf ganz Deutschland erstrecken. Das deutsche Volk soll vielmehr durch freie gesamtdeutsche Wahlen selbst entscheiden, welch ein Regime in einem vereinigten Deutschland bestehen wird.

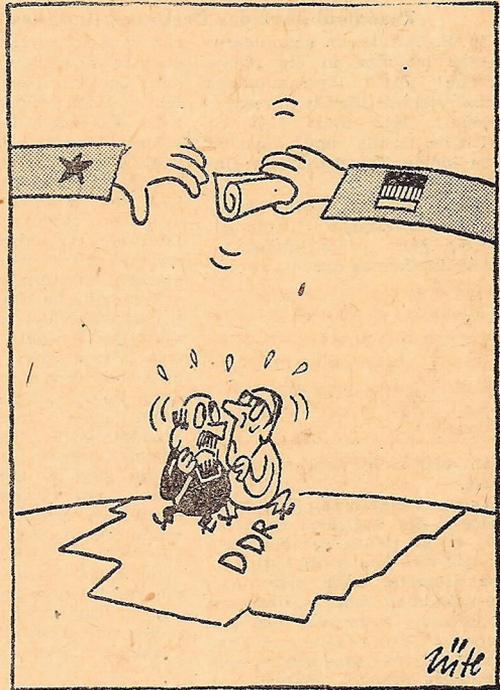
Das ist ein klarer und korrekter Standpunkt, der — wenn er so gemeint ist wie er gesagt wurde — angenommen werden kann. Er gefällt aber anscheinend den kommunistischen Machthabern der Zone nicht, weil sie schon heute sehr genau wissen, wie das deutsche Volk sich entscheiden wird. Sie versuchen daher, die Erklärung Molotows im Sinne ihrer eigenen Interessen zurechtzubiegen. Das „Neue Deutschland“ sagt, die Sowjetunion habe nie einen Zweifel gelassen, daß sie für ein wiedervereinigtes „demokratisches“ Deutschland eintrete. Das Adenauer-Deutschland sei aber nicht demokratisch. Immer breitere Schichten der westdeutschen Bevölkerung sähen in der DDR das Vorbild für das endgültige einheitliche Deutschland und stellten die Frage, wann und wie man auch in Westdeutschland zu solchen demokratischen Verhältnissen kommen werde.

Aus diesen Worten spricht die unverhüllte Furcht vor der Entscheidung des deutschen Volkes. Der Sinn dieser Entscheidung ist es ja gerade, in freien Wahlen die Stimmen derer zu zählen, die ein kommunistisches oder ein nichtkommunistisches Deutschland wollen, und dann den Willen der Mehrheit durch eine verfassunggebende Nationalversammlung zu vollstrecken.

## Kreml wird restauriert

Moskau (AP). Der Kreml, die alte Stadtfestung Moskaus, die seit 1918 der Sitz der sowjetischen Regierung war, soll wieder zum reinen Museum werden. Zur Zeit entfalten dort hunderte von Arbeitern und Fachkräften eine fieberhafte Tätigkeit. Die Türme der Kirchen im Kreml sind von Gerüsten umzogen, der große Kirchenplatz ist aufgerissen. Man will das Wahrzeichen Moskaus so wiederherstellen, wie es im vorigen Jahrhundert war.

## Die Antwortnote



... „Es liegt was in der Luft!“

## Für echte Kulturgespräche

Heimatvertriebene Schriftsteller nehmen Stellung

Königswinter (Eigenbericht). In Königswinter ging eine Tagung heimatvertriebener Schriftsteller zu Ende. Es galt, sich darüber klarzuwerden, ob und unter welchen Voraussetzungen die zahlreichen Möglichkeiten, Aufforderungen und Einladungen zur Teilnahme an kulturellen Ost-West-Gesprächen aufzugreifen seien.

„Ich glaube, daß wir den Osten lieben trotz allem, was uns dort widerfahren ist“, erklärte vor seinen Schriftstellerkollegen im Adam-Stegerwald-Haus der Bertelsmann-Preisträger Johannes Weidenheim. „Wir müssen wieder ins Gleichgewicht kommen zwischen Ost und West“, sagte er weiter. „Die Gesellschaft erwartet gerade von uns als Schreibenden die Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Osten von heute.“

Der erste Vorsitzende der Vereinigung heimatvertriebener Kulturschaffender, der sudeten-deutsche Dichter Josef Mühlberger, betonte zur Frage der Ost-West-Begegnungen, daß schließlich nicht nur die Ostdeutschen Vertriebene seien, sondern daß das Schicksal des Flüchtlings in unseren Tagen ein bisher unerreichtes internationales Ausmaß erhalten habe. Erhard Wittek, Autor der in der Deutschen Verlagsanstalt erschienenen „Anna“, wandte sich gegen allzu utopische Vorstellungen des guten Willens auf beiden Seiten.

Wie auch immer jedoch Einwände und Zustimmungen lauten, über die Notwendigkeit, einem Ost-West-Gespräch zuzustimmen, herrschte allgemeines Einverständnis.

## Halbzeit und Rückblick

### Zwischenbilanz der Berliner Filmfestspiele

W. F. Mit leicht entzündeten Augen ist man in die zweite Woche der Internationalen Filmfestspiele Berlin hineingestolpert. Man putzt sich die kritische Brille und versucht eine kleine Zwischenbilanz einzuschalten.

Wenn es auch bisher keine welterschütternden Filmindrücke gab — sie blieben ja schon in Cannes aus —, so sah

**Freunde in der SBZ bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin - Charlottenburg 9, mitzuteilen.**

man doch einiges recht Beachtliche.

Den freundlichen Auftakt machte der englische Streifen: „So etwas lieben die Frauen“; er gibt eine Probe des kultivierten Humors. Eine erfreuliche Überraschung war es, daß der italienische Film, der den Erfolg von „Brot, Liebe und Fantasie“ in einer Fortsetzung auszunutzen suchte, hinter dem ersten Teil nicht wesentlich an Charme zurücksteht. Denn wieder entzückte Gina Lollobrigida mit ihrem urwüchsigen Temperament das Publikum. Aber noch reizvoller war vielleicht der zweite italienische Festspielbeitrag: „Die Mädchen von San Frediano“. Diese Leichtigkeit, Anmut und Keckheit, mit der hier Pointen serviert werden, ist beneidenswert.

Als historischer Film fiel „Beau Brummell“ (USA) auf, durch erlesene Farbenkomposition. Bei der Publikumsabstimmung dürfte „Wunder der Prä-

rie“ einen bevorzugten Platz einnehmen, obgleich hier besonders deutlich auch die Gefahr der Disney-Filme sichtbar wird, die den Dokumentar-Charakter der Naturbilder durch Gags gelegentlich aufheben und die Tiere vermenschlichen. Mit erregend schönen Aufnahmen aus dem Malaiischen Archipel fand der italienische Expeditionsfilm „Verlorener Kontinent“ starken, berechtigten Beifall.

Der deutsche Film hat erfreulicherweise nicht schlecht abgeschnitten. Sowohl „Der 20. Juli“ wie „Die Ratten“ hinterließen auch bei den auswärtigen Gästen einen starken Eindruck, wenn auch vom kritischen Standpunkt Einschränkungen gemacht werden mußten. Beide Filme sind in Berlin entstanden — ein Beweis, daß diese Stadt sich wieder auf ihre führende Stellung besinnt. Es wäre zu wünschen, daß auch die Treuhänder der UFA-Werte und die Behörden daraus Folgerungen ziehen würden und nicht weiter eine hoffnungsvolle Entwicklung stören.

## Größtes Flußkraftwerk Europas

### Eine deutsch-österreichische Gemeinschaftsarbeit

Passau (AP). Mit einer deutsch-österreichischen Gemeinschaftsfeier wurden die ersten drei Turbinen des größten europäischen Flußkraftwerkes in Jochenstein bei Passau an der Donau in Betrieb genommen.

Das Donaukraftwerk, das mit einem Kostenaufwand von insgesamt 270 Millionen DM als deutsch-österreichische Gemeinschaftsarbeit durch die „Jochenstein AG“ errichtet wird, kann nach seiner endgültigen Fertigstellung im Herbst 1956 jähr-

## Koch-Institut mit Forschungen beauftragt

Berlin (DPA). Das international bekannte Robert-Koch-Institut in Berlin, das zum Bundesgesundheitsamt gehört, ist in die Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der Kinderlähmung eingeschaltet worden.

Der Leiter des Instituts, Prof. Dr. Georg Henneberg, teilte mit, daß das Institut im Auftrag des Bundesinnenministers ein Gutachten über die Gestaltung und Verstärkung der Sicherheitsteste bei der Herstellung und Abgabe des Kinderlähmungsimpfstoffs auszuarbeiten habe.

Darüber hinaus sei das Institut durch die Bewilligung der erforderlichen Bundesmittel in die Lage versetzt worden, Wissenschaftler einzustellen, Geräte anzuschaffen und Bauarbeiten auszuführen, um einen deutschen Forschungsbeitrag zu dem weltweiten Kampf gegen die Kinderlähmung leisten zu können.

lich knapp eine Milliarde Kilowattstunden Strom liefern.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

## Neuer Bischof in der Zone

Vatikanstadt (KNA). Papst Pius XII. ernannte den bisherigen Propst Dr. Otto Spülbeck (Leipzig) zum Bischof-Koadjutor von Meißen und Titularbischof von Christopolis.

Bischof-Koadjutor Spülbeck wird den 73jährigen Bischof von Meißen, Heinrich Wienken, bei der Betreuung der großen Diözese zur Seite stehen. Das Bistum Meißen, das einzige deut-

sche Bistum, das ganz in der Sowjetzone liegt, zählt über 700 000 Katholiken. Nachdem es 1524 erloschen war, wurde es 1921 wiedererrichtet.

## In den Ruhestand

Kiel (DPA). Propst D. Asmussen (Kiel) ist jetzt aus gesundheitlichen Gründen im Alter von 56 Jahren vorzeitig in den Ruhestand getreten.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.

Telefon: 66 54 31.

Druck: W. Büxenstein, GmbH.